



Ivan Glasenberg: Der Chef des Rohstoffgiganten Glencore bekommt die Nachteile des Börsengangs zu spüren

FOTO: MIKE CLARKE/AFP

Glencore ist den Investoren nicht grün genug

Ethos-Direktor Dominique Biedermann kritisiert Nachhaltigkeitsbericht

VON MICHAEL SOUKUP

BAAR Der AHV-Ausgleichsfonds ist ein Schwergewicht unter den institutionellen Anlegern. Ende Juni betrug sein Vermögen 27,191 Milliarden Franken. Ein Viertel davon investiert er in Aktien weltweit. Nicht aber in die Titel Glencores – des weltgrössten Rohstoffhändlers aus Baar.

Wie Eric Breval, Geschäftsführer des AHV-Ausgleichsfonds, gegenüber der SonntagsZeitung erklärt, darf nur in Papiere investiert werden, die im Dow-Jones-Sustainability-Index (DJSI) aufgelistet sind. In Firmen also, die nachhaltig wirtschaften.

Der DJSI ist der bekannteste Nachhaltigkeitsindex für Aktien überhaupt. Wer drinnen ist, brüstet sich damit. Unilever beispielsweise warb in ganzseitigen Anzeigen mit dem Index.

Und wer nicht drinnen ist, möchte unbedingt rein. Über eine Aufnahme entscheidet der Schwei-

zer Vermögensverwalter SAM. «Es gibt Firmen, die sich öffentlich zum Ziel setzen, in den Index aufgenommen zu werden», sagt SAM-Sprecher François Vetri.

Nachhaltigkeitsreport komme «zu spät und billig daher»

Zwar konnte Glencore dieses Jahr noch nicht bewertet werden, da sein Börsengang erst im Mai stattfand. Auf die Frage der SonntagsZeitung, ob sich Glencore für nächstes Jahr die Aufnahme zum Ziel gesetzt habe, sagt Sprecher Simon Buerk: «Für den Moment liegt der Fokus auf dem Nachhaltigkeitsbericht 2010.»

So veröffentlichte Glencore am Mittwoch seinen ersten Nachhaltigkeitsreport überhaupt. Zu spät und zu wenig, findet jedoch Dominique Biedermann, Direktor der Ethos-Stiftung: «Wir hätten – wie es üblich ist – den Bericht schon vor dem Börsengang erwartet», sagt Biedermann. Zudem komme er «billig» daher.

«Die Firma gibt nur spärlich Auskunft, wie sie die ökologischen und sozialen Herausforderungen in den Griff bekommen will.» Deshalb werde man sich weiterhin nicht an Glencore beteiligen. Dem Ethos-Chef fehlen verbindliche wie überprüfbare Ziele und Massnahmen. Kritisiert wird zudem die mangelnde Transparenz beim «Preistransfer», dem Verschieben von Gewinnen in Steuerparadiese.

Auch Philippe Spicher, CEO der Schweizer Nachhaltigkeits-Ratingagentur Inrate, teilt die Kritik von Ethos. Der Bericht sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung. «Wir haben aber aufgrund seines Inhalts nicht den Eindruck gewonnen, dass sich Glencore ernsthaft seinen grössten Problemen stellen will.»

Damit spürt der Rohstoffgigant zunehmend die Nachteile seines Börsengangs. Konnte sich Glencore als Privatfirma um die Einschätzungen von Ratingagentu-

ren und institutionellen Anlegern foutieren, muss der Konzern nun den Dialog mit ihnen suchen. Und diese haben offenbar mehr Gewicht als die zahlreichen NGOs, die sich seit Jahren auf Glencore eingeschossen haben.

Die Ethos-Fonds alleine sind mit 1 Milliarde Franken in Aktien investiert. Was Biedermann sagt, beeinflusst zudem auch die Anlagestrategie zahlreicher Schweizer Pensionskassen (PK). Bei der Ethos-Stiftung sind 118 private und öffentliche PK Mitglied. Zusammen versichern sie eine Million Menschen und verwalten 140 Milliarden Franken.

Glencore zeigt kein Verständnis für die Kritik: «Zahlreiche Gespräche mit Investoren, insbesondere auch über Nachhaltigkeit, sowie der erfolgreiche Verlauf des Börsengangs zeigen, dass Anleger weltweit Vertrauen in das Geschäftsmodell sowie in die Unternehmensführung von Glencore haben», sagt Buerk.

Versicherung baut den Vita Parcours aus

Die Zürich investiert mehrere Hunderttausend Franken – auch um Kunden zu gewinnen

ZÜRICH Der grösste Fitnessclub der Schweiz wird modernisiert. Mit neuer Internetseite, iPhone-Applikation sowie speziellen Routen für Kinder sollen die Vita Parcours reger genutzt werden. Dafür greift die Zürich-Versicherung tief in die Tasche. Allerdings dürfte sie das nicht ohne Hintergedanken tun. Das Wachstum in der Schweiz stockt. Massnahmen zur Ankurbelung der Prämieinnahmen werden daher nötig.

500 Vita Parcours ziehen sich heute auf einer durchschnittlichen Länge von 2,3 Kilometern durch hiesige Wälder. Jährlich nutzen 33 Prozent der Bevölkerung die Routen, wie die jüngste Studie vom Bundesamt für Sport zeigt. Zudem hat eine Untersuchung der Zürich-Versicherung ergeben, dass 94 Prozent der Bevölkerung den Vita Parcours kennen. «Damit ist er fast so bekannt wie Wilhelm Tell», sagt Thomas Buberl, CEO von Zurich Schweiz.

Kein Wunder also, dass die Zürich das enorme Werbepotenzial nun ausschöpfen will. Im laufenden Jahr investiert der Versicherer mehrere Hunderttausend Franken in das Werbe-Instrument. Bereits am 18. September startet ein Teil des neuen Konzepts. Dann haben die Benutzer des Parcours Zugriff auf die neue Internetseite und auf die Gratis-App. Diese gibt unter anderem den nächstliegenden

den Parcours an und ist mit Facebook verbunden.

Die neuen Routen für Kinder und Familien sind auf nächsten Frühling geplant. In der Regel kostet der Bau eines neuen Parcours bis zu 15000 Franken. Erst kürzlich investierte die Zürich gut eine Million Franken in die Erneuerung der Übungstafeln, wie das Unternehmen bestätigt. Unter anderem wurde das bisherige Logo «Vita Parcours» durch «Zurich vitaparcours» ersetzt. Die Zürich übernahm die Vita-Lebensversicherung vor exakt 20 Jahren.

Beim Versuch, das Prämienvolumen anzukurbeln, fehlt es der Zürich nicht an kreativen Ideen. So bietet sie beispielsweise eine Hochzeitsversicherung an. Doch Branchenkenner orten ein Problem darin, dass es der globale Konzern in der Vergangenheit vernachlässigt hat, den Heimmarkt Schweiz zu pflegen. Und dieser ist besonders im Nichtlebensbereich äusserst profitabel – auch für die Zürich. Wie Zahlen zum ersten Halbjahr zeigen, lag die Schadenkosten-Quote mit 82,2 Prozent weltweit am tiefsten. Die Quote zeigt das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Leistungen zu den Prämien. Das Prämienvolumen hingegen verharrte mit gut 1,6 Milliarden Franken auf Vorjahresniveau.

MARTINA WACKER

ANZEIGE

Garantiert mehr!



Helvetia Garantieplan.
Sicherheit geniessen, Rendite individuell optimieren.

Unsere clevere Vorsorgelösung bietet garantiertes Kapital und interessante Renditechancen.
Sie können nur gewinnen.

Ganz einfach. Fragen Sie uns.
T 058 280 1000 (24 h), www.helvetia.ch

helvetia

«Das wäre Gift für den Produktionsstandort»

Wirtschaft befürchtet Mehrbelastungen von bis zu 3 Milliarden Franken durch das geplante CO₂-Gesetz

ZÜRICH Die Wirtschaft ist wild entschlossen, das geplante CO₂-Gesetz mit allen Mitteln zu verhindern. Parallel zum intensiven Lobbying im Bundeshaus laufen generalstabsmässige Vorbereitungen für ein Referendum. Economiesuisse, TCS und Gewerbeverband haben ein solches den Bundesparlamentariern in einem Brief angedroht (SonntagsZeitung vom 4. 9. 2011). Unterstützung erhalten sie vom Hauseigentümerverband. Für den Fall, dass sie sich im Stände- und im Nationalrat nicht durchsetzen, ist schon die Bundeskanzlei kontaktiert worden, um möglichst schnell die Unterschriftensammlung starten zu können. «Wir stellen eine riesige Kampagne auf die Beine», sagt ein Insider, «die ein bis zwei Millionen Franken kosten könnte. Allein das Material und die Beglaubigung der Unterschriften

verschlingt 350000 Franken.» Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta will sich nicht zum Kampagnenbudget äussern, bestätigt aber, dass man sich für einen Abstimmungskampf wappne: «Wir sind ernsthaft daran, Vorkehrungen für ein Referendum zu treffen, auch wenn wir hoffen, dass es sich erübrigt.»

Es gehe darum, einen massiven volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden. Bisher hatte der Wirtschaftsdachverband diesen auf 1,8 Milliarden veranschlagt. Inzwischen sind aber die verbandseigenen Experten über die Bücher gegangen und kommen nun auf eine jährliche Belastung von 4,4 Milliarden Franken. Die Berechnungen liegen der SonntagsZeitung vor. Ins Gewicht fallen die Treibstoffabgaben mit bis zu 1,7 Milliarden Franken. Vorsichtig ging man von einem 28 bis

30 Rappen höheren Benzinpreis aus. Berücksichtigt wurden auch Ausfälle bei der Mineralöl- und der Mehrwertsteuer (Umsteigen auf Elektroautos, umgekehrter Tanktourismus etc.).

Wenn hingegen – so wie dies die Wirtschaft fordert – die Hälfte der CO₂-Reduktion mit Massnahmen im Ausland über den Kauf von Zertifikaten bewerkstelligt werden darf, entstünden Kosten von bloss 1,15 Milliarden Franken. Das wären vorwiegend Investitionen, die mehrheitlich rentable inländische Projekte auslösten.

Steuerausfälle von bis zu 1,5 Milliarden Franken

Gentinetta bestätigt das interne Zahlenwerk. Entscheidend sei die Kostendifferenz zwischen den beiden Modellen von je nach Annahme bis zu 3,25 Milliarden Franken: «So viel würde eine reine Inland-

fokussierung, wie Ständerat- und Nationalrat sie vorgespurt haben, maximal mehr kosten.» Für den Posten «Steuerausfälle» betrage die Bandbreite 500000 bis 1,5 Milliarden Franken. So oder so sei die Mehrbelastung inakzeptabel: «Im heutigen Umfeld wäre das Gift für unseren Produktionsstandort.»

Beim Verband Swissecleantech, der sich in scharfer Konkurrenz zu Economiesuisse versteht, hat man für solche Berechnungen nur Hohn übrig. So würde etwa die Treibstoffabgabe von 28 Rappen nur eingeführt, falls die Ziele nicht anderweitig erreicht würden. Die 28 Rappen entsprächen ohnehin einem Maximalbetrag. Überhaupt hätten die Unternehmen für das Klima bereits viel geleistet, sodass sie in den Bereichen Gebäude und Verkehr sogar einen Beitrag verlangen könnten.

VICTOR WEBER